

*„Gegen den Krieg – für Waffenstillstand! Gegen den sozialen Krieg der Regierungen gegen die Völker“!*

Am Montag, den 28. November, fand in der Verdi Landesgeschäftsstelle Berlin ein wichtiges Treffen statt, an dem verschiedene Initiativen teilnahmen, die sich gegen Krieg und die soziale Demontage aussprechen. Vertreten waren die Sammlungsbewegung aufstehen, das Bündnis Heizung Brot und Frieden, die DKP, einzelne Verbände der LINKEN und die Berliner Friedenskoordination. Zahlreiche Aktive aus Gewerkschaften und sozialen Initiativen waren anwesend, außerdem Einzelpersonen wie der Gewerkschaftssekretär Ralf Krämer von der populären Linken und der Berliner Abgeordnete Alexander King. Aufstehen war durch Harri Grünberg, Mitglied des Vorstandes des Trägervereins, vertreten. Eingeladen hatte der Arbeitskreis gegen Deregulierung und Privatisierung - Für unabhängige Arbeitnehmerpolitik, der auch innerhalb von Verdi verankert ist.

In den Redebeiträgen wurde darauf hingewiesen, dass Zehntausende schon gegen den Krieg und die Politik der Ampel der Kriegsbeteiligung durch Waffenlieferungen, des Wirtschaftskrieges durch Sanktionen auf die Straße gegangen sind, insbesondere in Ostdeutschland. Woche für Woche demonstrieren weitere Tausende, weil sie spüren, dass die Politik der Regierung zu Deindustrialisierung und zur Zerstörung des Sozialstaats führt, auf den Millionen angewiesen sind. Auf diesen Demonstrationen und von Bündnissen gegen den Krieg wurden vor allem folgende Forderungen erhoben:

- Waffenstillstand sofort! Keine Waffenlieferungen
- Diplomatie statt Krieg!
- Aufhebung der Sanktionen gegen Russland! Deindustrialisierung stoppen!
- Nein zu den Milliarden für den Kriegshaushalt! Milliarden für Schulen, Krankenhäuser, ...!
- Für die Verteidigung des Reallohns! Allgemeiner Preisstopp!
- Für sofortige Maßnahmen, die das Überleben des Handwerks ermöglichen!

Beklagt wurde, dass es noch keine machtvolle Demonstration gegen den Krieg und den unsozialen Kurs der Ampelregierung gegeben hat. Das hängt leider mit der Haltung der Gewerkschaften und der Mehrheit in der Partei Die Linke zusammen. SPD und Grüne sind heute Kriegsparteien. Auf Demonstrationen von Gewerkschaften und linken Bündnissen in Berlin wurde Teilnehmern deutlich gemacht, dass etwa die Forderung nach Aufhebung von Sanktionen oder nach Friedensverhandlungen dort keinen Platz haben.

Sahra Wagenknecht, die ihre Stimme erhoben hat gegen die Politik der Eskalation des Krieges und gegen den Wirtschaftskrieg, der sich gegen die eigene Bevölkerung richtet, sieht sich mit Hetz-Kampagnen, unter anderem aus der Führung der Linkspartei, konfrontiert.

Sowohl Alexander King als auch Harri Grünberg von aufstehen haben darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, die Gewerkschaften für eine Kritik an der Sanktionspolitik und für die Forderung nach diplomatischen Initiativen zu gewinnen. Das ist auch eines der zentralen Anliegen der Veranstalter der Diskussionsrunde.

Sie stellten die Frage: Wie können wir uns – vor allem in den Gewerkschaften – weiter dafür engagieren, die Widerstandsbewegung gegen den Krieg und gegen die soziale Verelendung in einer kraftvollen bundesweiten Demo in Berlin zu vereinen?

Dabei wurde in der Diskussion auf Erfahrungen in anderen europäischen Ländern hingewiesen. Nach großen Demonstrationen in Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland, fragten die Veranstalter: Drängt sich nicht für alle Widerstandskräfte in Europa (z.B. in Italien, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Deutschland...) die Dringlichkeit ihrer Zusammenführung auf, z.B. durch die Einberufung einer Europäischen Konferenz „*Gegen den Krieg – für Waffenstillstand! Gegen den sozialen Krieg der Regierungen gegen die Völker*“?

Zum Schluss wurde eine Fortsetzung der Debatte vereinbart und eine Veranstaltung Anfang nächsten Jahres mit prominenter Beteiligung angeregt.